

HESSEN



**Rahmenvereinbarung**  
**zwischen**  
**dem Land Hessen,**  
vertreten durch den Hessischen Sozialminister,  
**und**  
**dem Hessischen Landkreistag,**  
**dem Hessischen Städtetag,**  
**dem Landeswohlfahrtsverband Hessen und**  
**der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen**  
**über**  
**die Kommunalisierung sozialer Hilfen in Hessen**

Unter Berücksichtigung der bisher gemachten Erfahrungen in der Umsetzung der „Rahmenvereinbarung über die Grundsätze der Neustrukturierung und Kommunalisierung der Förderung sozialer Hilfen in Hessen“ vom 14.12.2004 zu der auf gemeinsamen Grundlagen basierenden Kommunalisierung sozialer Hilfen kommen die Vereinbarungspartner überein, diese weiter zu entwickeln. Bürgernahe, niedrigschwellige und kompetente Hilfe in sozialen Problemlagen und Konfliktsituationen sowie Prävention sind wichtige Beiträge zum Erhalt einer sozialen Infrastruktur in Hessen. Durch die verfolgte Umstellung der Förderung sollen die Voraussetzungen für wirksamere und konsequenterere, an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete Angebote geschaffen werden.

Die kommunale Planungs- und Handlungsfähigkeit sollen durch die Konzentration der Förderung auf die kommunale Ebene gestärkt und ein wichtiger Beitrag gemeinsam für eine zukunftsichernde Infrastruktur geschaffen werden.

Die bedarfsgerechte Planung und Sicherstellung der örtlichen sozialen Infrastruktur obliegt – unbeschadet der Verantwortung von Land und Bund - in erster Linie den Kommunen. Diese haben sowohl für die lokale Steuerung als auch für die bedarfsgerechte Versorgung bzw. Aufgabenlösung jeweils spezifische partizipative Sozialplanungsgremien. In diesen Gremien werden die fachlichen Beratungen zwischen den Trägern, den Nutzern, der Sozialverwaltung und den politisch Verantwortlichen geführt.

Unabhängig davon sind die Sicherung der bedarfsgerechten und fachlichen Weiterentwicklung, die Gewährleistung landesweit vergleichbarer Versorgungs- und Lebenssituationen sowie die Organisation der Aufgaben und Angebote, die überregional effektiver realisiert werden können, nach wie vor genuine Aufgaben des Landes.

Die kontinuierliche, fachliche und partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Sozialministerium, den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände, dem Landeswohlfahrtsverband Hessen, der Liga der Freien Wohlfahrtspflege und der sonstigen Träger der sozialen Daseinsvorsorge ist tragendes Element der Kommunalisierung des Förderwesens.

Entsprechendes gilt für die fachliche Kooperation zwischen den Fachämtern, den Maßnahmeträgern und den eingerichteten Ortsligen vor Ort.

**Protokollnotiz:** Die Vereinbarungspartner sind sich darüber einig, dass die generelle sozialpolitische Gestaltungsfunktion und Verantwortung des Landes Hessen im Rahmen seiner Zuständigkeit durch diese Vereinbarung nicht berührt werden.

## § 1

### Geltungsbereich

- (1) Gegenstand dieser Rahmenvereinbarung sind örtlich organisierte soziale Hilfen zum / zur
- a) Schutz vor Gewalt
  - b) Suchtprävention und Suchthilfe

- c) ambulanten Versorgung von Menschen mit Behinderungen und ihren Familien
  - d) Stärkung des Gemeinwesens
  - e) Prävention und Beratung im Gesundheitswesen
  - f) besondere sozialpolitische Projekte
- sowie weitere nach § 2 bestimmte Bereiche.

- (2) Für die in § 1 Abs. 1 benannten Gegenstände des Geltungsbereichs gelten die in der Anlage 1 aufgeführten Ziele.
- (3) Den Gebietskörperschaften wird ein Gesamtbudget aus Mitteln des Landes Hessen als örtliches Budget zur Verfügung gestellt (s. Anlage 3). Das Gesamtbudget beträgt mindestens 13.795.700 €.
- (4) Die überregionale Vernetzung und die gemeinsame Planung und Förderung von sozialen Hilfen für das Gebiet mehrerer Gebietskörperschaften als Basis für die Bildung von Regionalbudgets ist möglich, wenn es aus fachlichen Gesichtspunkten angemessen und notwendig erscheint.
- (5) Das Budget für jede Gebietskörperschaft wird auf der Grundlage dieser Rahmenvereinbarung, deren Regelungen durch die Anfügung an den jeweiligen Zuwendungsbescheid als besondere Nebenbestimmungen verbindlich werden, durch die zuständige Stelle des Landes ausgezahlt. Die Mittel im Rahmen der örtlichen Budgets werden in Raten jeweils vierteljährlich zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November ausgezahlt.
- (6) Die nicht in einem Haushaltsjahr verwendeten Landesmittel verbleiben bei der Gebietskörperschaft und können im Folgejahr zusätzlich für den Förderbereich nach Abs. 1 eingesetzt werden.
- (7) Bei Festlegung eines neuen Gesamtbudgets legen die Vereinbarungspartner die Verteilung auf örtliche Budgets gemeinsam fest. Findet keine Einigung statt, verbleibt es bei dem bis dahin geltenden Verteilungsmodus.

## § 2

### **Fortentwicklung des Geltungsbereiches**

Die Vertragspartner sind sich einig, dass der Geltungsbereich der Vereinbarung ausgeweitet werden kann. Dabei können sowohl Landesprogramme in das Verfahren einbezogen werden, als auch die Zielsetzungen und Mittelausstattung nach § 1 erweitert oder verändert werden. Die Erarbeitung entsprechender Vorschläge obliegt den Vereinbarungspartnern.

## § 3

### **Zielvereinbarung und Steuerung der Mittelverwendung**

- (1) Das Land und der LWV Hessen schließen mit jeder Gebietskörperschaft eine gemeinsame Zielvereinbarung über die Verwendung des örtlichen Budgets des Landes und der Zuwendungen des LWV Hessen ab. Die Zielvereinbarungen beziehen sich auf den in § 1 und gemäß § 2 dieser Vereinbarung festgelegten Geltungsbereich und beinhalten insbesondere
  - Ausgangslage (bestehende Strukturen)
  - Ziele sowie daraus abgeleitete Vorhaben und Maßnahmen im Sinne der §§ 4, 5
  - die Höhe der kommunalisierten Landesmittel
  - die Höhe der Mittel des LWV Hessen
  - die Höhe der kommunalen Finanzierung
  - Geltungsdauer
- (2) Die Gebietskörperschaften berichten dem Sozialministerium und dem LWV Hessen jährlich über die Erfüllung der Zielvereinbarung.
- (3) Kommunalisierte Landesmittel, die ohne Einverständnis des Sozialministeriums für andere als die in der Zielvereinbarung festgelegten Zwecke verwendet wurden, werden in voller Höhe an das Land Hessen zurückerstattet.

## § 4

### **Qualitätsentwicklung und –sicherung, Berichterstattung**

- (1) Die Vereinbarungspartner sehen in der Umsetzung des Förderverfahrens einen Prozess, der der kontinuierlichen fachlichen Reflexion im Sinne der Zielerreichung und der Optimierung und Weiterentwicklung bedarf. Ausgehend von bestehenden Strukturen stützen sich die Partner auf Verfahren (strukturiertes Berichtswesen), die sowohl die gemeinsame fachliche Reflexion auf der Ebene der Gebietskörperschaften sichern als auch die landesweite Auswertung und ggf. Anpassung. Soweit erforderlich werden diese Strukturen und Verfahren angepasst. Gegenstand und Grundlage dieser Reflexion sind die Zielvereinbarungen mit den Gebietskörperschaften und die Berichterstattung.
- (2) In diesen Prozess sind die zur Verfügung stehenden Studien und Dokumente wie z.B. die Landessozialberichterstattung einzubeziehen.
- (3) Enge Standards und umfangreiche Berichtspflichten sind zu vermeiden.

## § 5

### **Kommunale Planung**

- (1) Die Gebietskörperschaften führen in den zuständigen Gremien unter Beteiligung der Ortsligen eine kontinuierliche kommunale Sozialplanung durch.
- (2) Die kommunale Sozialplanung erfolgt bedarfs-, beteiligungs- und ressourcenorientiert. Der Bedarf soll sich an den lokal oder regional feststellbaren Bedürfnissen der Menschen orientieren. Das Sozialministerium bietet den Gebietskörperschaften fachliche Beratung bei deren kommunalen Planungsprozessen an.
- (3) Die Trägerpluralität und Subsidiarität der Angebote und Maßnahmen im sozialen Bereich sowie Wunsch- und Wahlrecht der Betroffenen sind von den Gebietskörperschaften zu wahren und zu fördern. Eine Bevorzugung einzelner Träger oder ihrer Verbände in Bezug auf die För-

derschwerpunkte nach § 1 widerspricht dem Grundprinzip der offenen und partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit allen Trägern sozialer Dienste.

## § 6

### **Verträge mit Anbietern sozialer Hilfen; Öffentlichkeitsarbeit**

- (1) Die Gebietskörperschaften schließen mit den Anbietern sozialer Hilfen in ihrem Zuständigkeitsbereich Zuwendungsverträge ab.
- (2) Die Vereinbarungen sollen folgende Verpflichtungen der Anbieter beinhalten:
  - a) Regelungen zur regionalen und inhaltlichen Aufgabenwahrnehmung,
  - b) Durchführung von Maßnahmen der Qualitätsentwicklung und -sicherung,
  - c) Übernahme von Versorgungsverantwortlichkeit für einen definierten Bereich im Rahmen der Kapazitäten des Trägers,
  - d) Minimierung von Wartezeiten, klientelorientierte Mindestöffnungszeiten, Einhaltung einer telefonischen Erreichbarkeit und Beteiligung an Notfalldiensten in Kooperation mit anderen Anbietern,
  - e) Optimierung der Erreichbarkeit der Angebote durch niedrigschwellige Gestaltung der Zugangsvoraussetzungen (z.B. auch aufsuchende Arbeit),
  - f) Höhe der Overheadkosten,
  - g) aktive Beteiligung an einheitlicher Dokumentation und Evaluation,
  - h) aktive Beteiligung an Controlling / Berichtswesen,
  - i) Einhaltung fachlicher Standards und Empfehlungen,
  - j) Kooperation mit anderen Anbietern,
  - k) Aufbewahrung der Originalbelege für die Dauer von 5 Jahren.
- (3). Über die Inhalte des Zuwendungsvertrages vereinbaren die Vertragsparteien einen Musterzuwendungsvertrag (s. Anlage 5).
- (4) Der jeweilige Förderanteil des Landes ist in den Verträgen nach Abs. 1 entsprechend auszuweisen.

- (5) Das Land ist bei entsprechenden Veröffentlichungen der Gebietskörperschaften und Maßnahmeträger in angemessener Form als Förderer zu erwähnen. Über wichtige Öffentlichkeitstermine im Rahmen der Förderung einer sozialen Maßnahme ist das Land von der Gebietskörperschaft entsprechend vorab zu unterrichten.

## § 7

### **Prüfungsrechte des Hessischen Rechnungshofes**

- (1) Die Prüfungsrechte des Hessischen Rechnungshofes gegenüber den Gebietskörperschaften bestimmen sich nach § 91 LHO.
- (2) Die Gebietskörperschaften sind verpflichtet, in jede Vereinbarung mit Anbietern nach § 6, die auch Mittel des Landes zum Gegenstand hat, die Bestimmung aufzunehmen, dass der Hessische Rechnungshof berechtigt ist, auch bei dem jeweiligen Anbieter sozialer Hilfen nach § 91 LHO zu prüfen.

## § 8

### **Mittel des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen**

- (1) Die Regelungen dieses Paragraphen beziehen sich auf den Einsatz von Mitteln des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen (LWV). Soweit hier keine abweichenden Regelungen getroffen sind, gelten die übrigen Paragraphen dieser Rahmenvereinbarung.
- (2) Der LWV Hessen leistet im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel Zuwendungen an die örtlichen Träger der Sozialhilfe für die in ihrem Bereich angebotenen Leistungen zur „allgemeinen Frühförderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder im Vorschulalter“ sowie „Offene Hilfen zur Eingliederung von Menschen mit Behinderungen und ihren Familien“.
- (3) Die vom LWV Hessen eingesetzten Mittel betreffen die ambulante Versorgung von Menschen mit Behinderungen und ihren Familien gemäß § 1 Abs. 1 Buchstabe c) dieser Rahmenvereinbarung. Sie unterstützen den örtlichen Träger der Sozialhilfe gezielt in der Umsetzung des gesetzlichen Auftrags und der Zielsetzung der Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft nach dem SGB IX und SGB XII (§§ 53 ff), insbesondere um

- eine drohende Behinderung zu verhüten oder eine Behinderung bzw. deren Folgen zu beseitigen und den Menschen mit Behinderung in die Gesellschaft einzugliedern,
- die Leistungen soweit wie möglich außerhalb von stationären Einrichtungen zu erbringen.

Das Nähere wird in Zielvereinbarungen geregelt. Die Zielvereinbarungen werden für die hier genannten Bereiche gemeinsam zwischen dem Land, den Kommunen und dem LWV Hessen abgeschlossen. Die Berichterstattung über die Erfüllung der Zielvereinbarung erfolgt für diese Bereiche sowohl an das Land als auch an den LWV Hessen.

- (4) Die Höhe der Gesamtzuwendung stellt der LWV Hessen nach Maßgabe der im Haushalt des LWV Hessen verfügbaren Mittel jährlich neu fest: Die Anpassung der örtlichen Budgets an die Höhe der Gesamtzuwendung erfolgt anteilmäßig. Die Höhe der Zuwendungen des LWV und deren Aufteilung auf die Kommunen werden vom LWV mitgeteilt und per Zuwendungsbescheid zur Verfügung gestellt. Die jeweiligen Teilbudgets für die beiden Förderbereiche sind nicht gegenseitig deckungsfähig. Eine Bindung für die Folgejahre entfällt.
- (5) Die Auszahlung durch den LWV Hessen erfolgt in drei Raten. Zum 15. Mai und 15. August erfolgt jeweils eine Abschlagszahlung auf das vorläufige Jahresbudget. Zum 15. November erfolgt die Restzahlung mit Bewilligung des örtlichen Budgets, sofern der Träger der Sozialhilfe fristgerecht seinen Verpflichtungen aus der Bewilligung des Vorjahres nachgekommen ist. Die nicht in einem Haushaltsjahr verwendeten Mittel des LWV Hessen verbleiben bei dem örtlichen Träger der Sozialhilfe und können im Folgejahr zusätzlich für den jeweiligen Förderbereich eingesetzt werden. Der örtliche Träger der Sozialhilfe zeigt für das Haushaltsjahr den nicht verwendeten Betrag und den Förderbereich dem LWV Hessen mit Vorlage des Nachweises über die Verwendung der Mittel an.
- (6) Mittel des LWV Hessen, die für andere als die in der Zielvereinbarung für diese Mittel festgelegten Zwecke eingesetzt werden, werden in voller Höhe an den LWV Hessen zurückerstattet. Analog § 7 ist das Prüfungsrecht durch die Revision des LWV Hessen bei Weiterleitung der Mittel des LWV Hessen durch den örtlichen Träger der Sozialhilfe zu beachten.

**Protokollnotiz:** Die Vereinbarungspartner sind sich darüber einig, dass die von den kreisfreien Städten und Landkreisen über den Landeswohlfahrtsverband Hessen (LWV) finanzierten interdisziplinären Maßnahmen im Rahmen der allgemeinen Frühförderung und der Offenen Hilfen keine kommunalisierten Landesmittel sind und ihre Verteilung und ihr Einsatz in einem eigenen Vertrag zwischen den Kommunalen Spitzenverbänden, Hessischer Städtetag und Hessischer Landkreistag, sowie dem LWV geregelt werden müsste. Die Vereinbarungspartner, Hessischer Städtetag, Hessischer Landkreistag und LWV, wollen deswegen eine Herauslösung dieser historisch gewachsenen Vereinbarungsregelung zum nächsten möglichen Zeitpunkt erreichen und werden dies in Gesprächen, die im 1. Halbjahr 2013 beginnen sollen, zeitnah anstreben.

## § 9

### Beirat

- (1) Für die Umsetzung dieser Rahmenvereinbarung wird ein Beirat gebildet (Anlage 2).
- (2) Der Beirat begleitet die Umsetzung der Rahmenvereinbarung und gewährleistet die einvernehmliche Anwendung der Bestimmungen dieser Rahmenvereinbarung.
- (3) Dem Beirat gehören je zwei Vertreter der Vereinbarungspartner an. Der Hessische Landkreistag und der Hessische Städtetag sind mit jeweils einem Vertreter im Beirat vertreten.
- (4) Der Vorsitz und die Geschäftsführung des Beirats obliegen dem Hessischen Sozialministerium, vertreten durch den/die Staatssekretär/in oder Beauftragte/n.
- (5) Der Beirat entscheidet einstimmig.

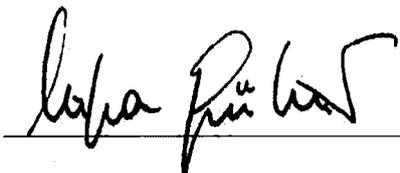
## § 10

### In-Kraft-Treten, Kündigung

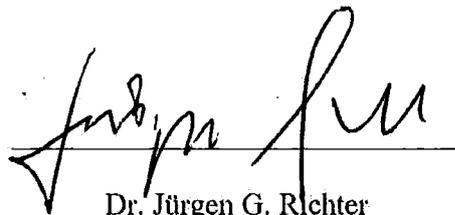
- (1) Diese Vereinbarung tritt am 01.07.2013 in Kraft. Die Rahmenvereinbarung vom 14.12.2004 tritt außer Kraft. Das Gesamtbudget unterliegt der haushaltsrechtlichen Zustimmung des Hessischen Landtags.

- (2) Die Rahmenvereinbarung kann mit einer Frist von sechs Monaten zum Jahresende durch die jeweiligen Vereinbarungspartner gekündigt oder im gegenseitigen Einvernehmen aller Vereinbarungspartner ohne Frist geändert oder aufgehoben werden.
- (3) Die Kreise und kreisfreien Städte erklären ihren Beitritt zu dieser Vereinbarung gegenüber ihrem kommunalen Spitzenverband. Dieser leitet die Beitrittserklärung an das Hessische Sozialministerium weiter.

Wiesbaden, den 23. August 2013



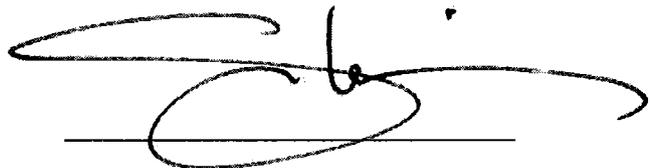
Stefan Grüttner  
Hessischer Sozialminister



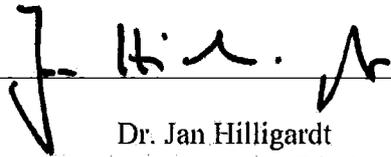
Dr. Jürgen G. Richter  
Vorsitzender  
Liga der Freien Wohlfahrtspflege  
in Hessen



Dr. Wolfgang Gern  
Stellv. Vorsitzender  
Liga der Freien Wohlfahrts-  
pflege in Hessen



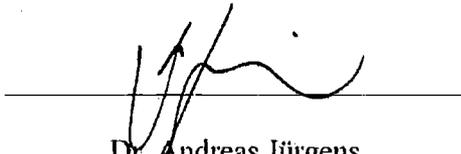
Stephan Gieseler  
Direktor  
Hessischer Städtetag



Dr. Jan Hilligardt  
Geschäftsführender Direktor  
Hessischer Landkreistag



Uwe Brückmann  
Landesdirektor  
Landeswohlfahrtsverband  
Hessen



Dr. Andreas Jürgens  
Erster Beigeordneter  
Landeswohlfahrtsverband  
Hessen

# MUSTER

Anlage 1

## ZIELVEREINBARUNG

Zwischen

dem Land Hessen, vertreten durch das Hessische Sozialministerium,

dem Landeswohlfahrtsverband Hessen (LWV Hessen)

und dem Landkreis .../der Stadt...

über die Verwendung des örtlichen Budgets gemäß § 3 und über die Verwendung der Mittel des LWV Hessen gemäß § 8 der Rahmenvereinbarung über die Grundsätze der Neustrukturierung und Kommunalisierung der Förderung sozialer Hilfen in Hessen vom ... 2013

### I Ziele der Förderung

Das Land Hessen, der LWV Hessen (für die Bereiche der „allgemeinen Frühförderung“ sowie der „Offenen Hilfen“ für Menschen mit Behinderungen) und der Landkreis/die Stadt verabreden mit dieser Zielvereinbarung die Nutzung der vom Land Hessen und vom LWV Hessen zur Verfügung gestellten Mittel im Bewusstsein der gemeinsamen Verantwortung für die folgenden Ziele:

#### **Ambulante Versorgung von Menschen mit Behinderungen und ihren Familien:**

- Vor dem Hintergrund der Rahmenbedingungen des Neunten Buches Sozialgesetzbuch -SGB IX- (§§ 26, 30, 55, 56 SGB IX) und der Verordnung zur Früherkennung und Frühförderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder (Frühförderungsverordnung-FrühV vom 24. Juni 2003) setzen frühzeitig und präventiv wirkende Hilfen der Frühförderung ein. Diese wohnortnahen und niedrigschwelligeren Beratungs- und Betreuungssysteme arbeiten interdisziplinär zwischen den verschiedenen Fachdisziplinen (Pädagogik, Therapie, Medizin usw.); sie unterstützen und begleiten behinderte und von Behinderung bedrohte sowie entwicklungsgefährdete oder entwicklungsverzögerte Kinder und deren Bezugspersonen bis zum Schuleintritt, um stationäre Hilfen zu vermeiden. Erreicht werden soll insbesondere, dass für jedes Kind ein interdisziplinär abgestimmter Förder- und Entwicklungsplan erstellt und fortgeschrieben wird und dass sich die Zeitdauer zwischen Erstkontakt und Beginn der Förderung verringert. Die Qualitätsmerkmale der Frühförderung in Hessen vom 7.12.2005 bzw. deren Fortschreibung in der jeweils geltenden Fassung dienen der fachlichen Orientierung.
- Bestehende Angebote ambulanter Dienste für Menschen mit Behinderung unterstützen Menschen mit Behinderung ab Schuleintritt und deren Angehörige/Bezugspersonen durch präventive Beratungs- und Betreuungsangebote und fördern den Verbleib in selbstständigen Wohnformen (eigene Häuslichkeit, Betreutes Wohnen). Die Maßnahmen orientieren sich an den Qualitätsmerkmalen für Offene Hilfen – Familientlastende Dienste in Hessen vom 7.12.2005 bzw. deren Fortschreibung in der jeweils geltenden Fassung.

## MUSTER

Das Land Hessen und der Landkreis/die Stadt verabreden mit dieser Zielvereinbarung die Nutzung der vom Land Hessen zur Verfügung gestellten Mittel im Bewusstsein der gemeinsamen Verantwortung für die folgenden Ziele:

### **Schutz vor Gewalt:**

- Gewaltgeprägte Familienverhältnisse abbauen durch bedarfsgerechte Versorgung mit Beratungs-, Schutz- und Hilfeangeboten in Fällen von häuslicher Gewalt und von (auch sexualisierter) Gewalt an Kindern. Der Aktionsplan des Landes Hessen zur Bekämpfung der Gewalt im häuslichen Bereich wird unterstützt.

### **Suchtprävention und Suchthilfe:**

- Menschen zu einem eigenverantwortlichen, sozialverträglichen und situationsangemessenen Umgang mit psychoaktiven Substanzen und nichtstoffgebundenen abhängigkeiterzeugenden Angeboten befähigen durch Minderung von Risikofaktoren und Förderung von gesellschaftlichen und psychosozialen Schutzfaktoren. Die Anwendung des Dokumentationssystems „Dot-sys“ durch die Träger wird vorausgesetzt.
- Risiken und Folgen der Abhängigkeit und des Suchtmittelkonsums mindern; Überwindung stoffgebundener und nicht stoffgebundener Abhängigkeiten und Stabilisierung der Abstinenz fördern; Rehabilitation und Integration von suchtkranken Menschen unterstützen. Träger von Maßnahmen der ambulanten Suchthilfe, die sich bisher an der Landesauswertung der computergestützten Basisauswertung der ambulanten Suchthilfe in Hessen (COMBASS) beteiligen, führen diese Beteiligung fort (Anwendung des hessischen und deutschen Kerndatensatzes).

### **Stärkung des Gemeinwesens:**

- Durch Unterstützung von Betreuungsvereinen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben gemäß §5 des „Hessischen Gesetzes zur Ausführung des Betreuungsgesetzes und zur Anpassung des hessischen Landesrechts an das Betreuungsgesetz“ die Zahl der ehrenamtlichen Betreuungen erhöhen sowie die Inanspruchnahme von vorsorgenden Maßnahmen zur Vermeidung von Betreuungen verstärken.
- Durch Unterstützung von Mütterzentren bürgerschaftliches/freiwilliges Engagement für das und im Gemeinwesen aktivieren, das Angebot an Dienstleistungen im familiären Bereich erhalten und ausweiten sowie die Nutzung sozialer und beruflicher Kompetenzen in Eigenverantwortung und Selbstorganisation ermöglichen.

## MUSTER

### **Prävention und Beratung im Gesundheitswesen:**

- „Durch Unterstützung von Aidshilfen ein qualifiziertes Beratungs- und Betreuungsangebot für Menschen mit HIV/Aids bereitstellen, der Weiterverbreitung der HIV-Epidemie und anderer sexuell übertragbarer Krankheiten durch Aufklärungsmaßnahmen und die Vermittlung von Kompetenzen zur Integration des Risikos in den individuellen Lebensstil entgegenwirken und die Zahl neuer AIDS-Erkrankungen reduzieren.“
- Selbsthilfe stärken durch Bereitstellung einer Koordinierungs- und Servicestelle für örtliche Selbsthilfegruppen, die als neutrale, thematisch übergreifende und verlässliche Mittlerin zwischen interessierten Personen, den Selbsthilfegruppen und dem professionellen Hilfesystem agiert. Selbsthilfekontaktstellen geben Hilfestellung beim Aufbau von Selbsthilfegruppen und unterstützen durch Beratung und Öffentlichkeitsarbeit Bürgerinnen und Bürger.

### **Besondere sozialpolitische Projekte:**

Sozialpolitische Projekte mit regionaler Besonderheit können aus kommunalisierten Landesmitteln allerdings nur mit Zustimmung des Hessischen Sozialministeriums gefördert werden. Es sollte sich dabei um besonders innovative, unvorhergesehene oder zur Lösung einer örtlichen Problemlage ins Leben gerufene Projekte handeln. Für diese Projekte werden zwischen der Gebietskörperschaft und dem Hessischen Sozialministerium gesonderte Vereinbarungen getroffen.

## **II Berichtswesen**

Der Landkreis/die Stadt berichtet einheitlich dem Hessischen Sozialministerium und, bezüglich der allgemeinen Frühförderung und der Offenen Hilfen für Menschen mit Behinderungen, auch dem LWV Hessen jährlich zum 1. April über den erreichten Stand bei der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen. Der Landkreis/die Stadt kann darüber hinaus nach eigenem Ermessen über Sachverhalte berichten, die für die Darstellung der Versorgungssituation von Bedeutung sind.

Der Landkreis/die Stadt, das Land und der LWV Hessen behalten sich vor, die bestehenden Parameter einvernehmlich weiter zu entwickeln und zu ergänzen, wenn zur Optimierung der Datenlage hierzu Bedarf gesehen wird.

Unbeschadet der jährlichen Berichterstattung wird der Landkreis/die Stadt das Hessische Sozialministerium und den LWV Hessen über gravierende Änderungen von Umständen, die maßgebliche Grundlage der Zielvereinbarung waren, unterrichten.

## MUSTER

### III Budget; Mittelzuweisung und Bewirtschaftungsgrundsätze

Das Land Hessen stellt dem Landkreis/der Stadt zur Erreichung der vereinbarten Ziele ein örtliches Budget von mindestens x Euro zur Verfügung. Der LWV Hessen stellt dem Landkreis/der Stadt für die allgemeine Frühförderung und die Offenen Hilfen für Menschen mit Behinderungen Mittel zur Verfügung, deren Höhe nach Genehmigung der Haushaltssatzung den Vereinbarungspartnern mitgeteilt wird. Der Landkreis/die Stadt wird das Budget mit eigenen Mitteln aufstocken, deren Höhe nach Abschluss der Haushaltsberatungen den Vereinbarungspartnern mitgeteilt wird.

### IV Örtliche Besonderheiten, Schwerpunkte und Ziele des Landkreises / der Stadt

Die Vereinbarungspartner sind sich bewusst, dass im Landkreis/in der Stadt zu Beginn dieser Zielvereinbarung im vereinbarten Ziel Y kein aus Landesmitteln gefördertes Versorgungsangebot besteht.

Im Bereich des vereinbarten Zieles Z soll mit dem Landkreis/der Stadt A die Zusammenarbeit fortgesetzt / beendet /ausgebaut werden.

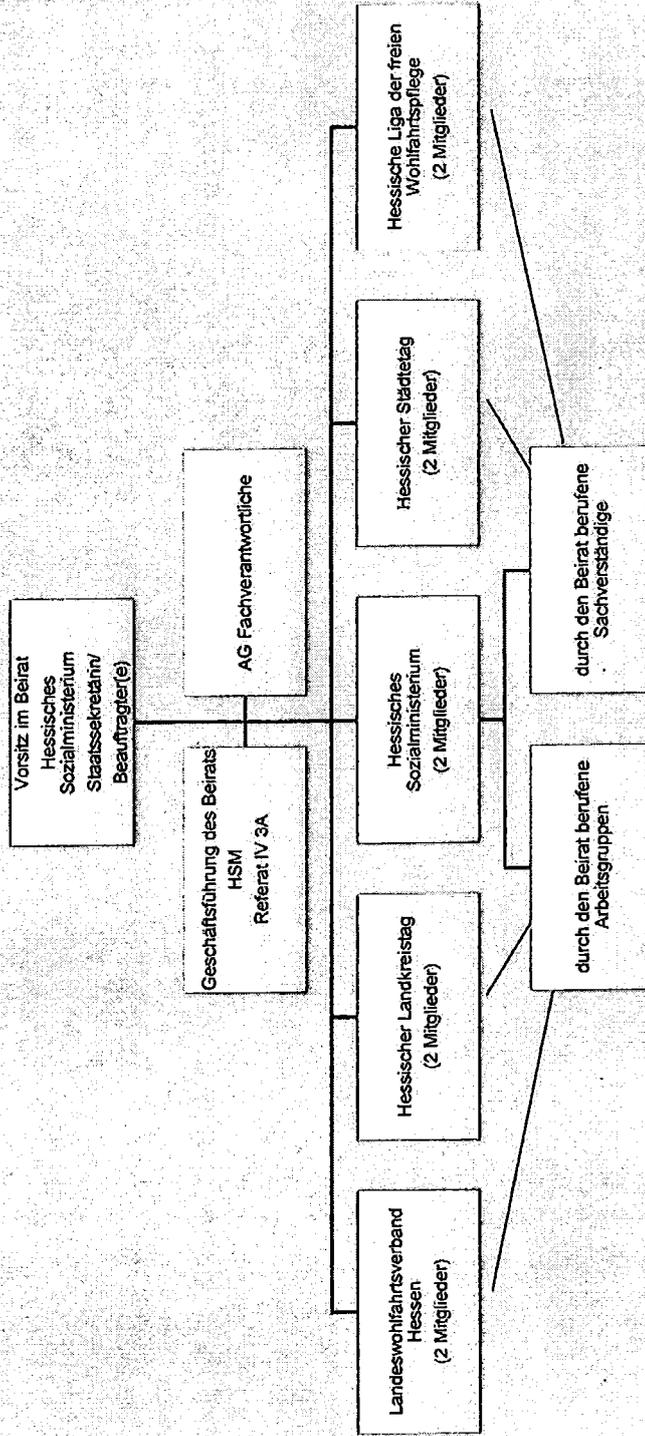
Aus Sicht des Landkreises/der Stadt sind für die Entwicklung der örtlichen sozialen Infrastruktur insbesondere folgende Aspekte von Bedeutung:

### V Laufzeit der Zielvereinbarung, Änderung der Zielvereinbarung

Die Zielvereinbarung gilt solange bis eine neue abgeschlossen ist und tritt am Tage der Unterzeichnung aller Vereinbarungspartner in Kraft. Eine Fortschreibung der Zielvereinbarung ist vorgesehen. Treten bei Erreichen der Ziele dieser Vereinbarung Schwierigkeiten auf, dass vereinbarte Ziele nicht oder nicht in der vereinbarten Form und/oder mit den bereitstehenden Mitteln zu erreichen sind, werden die Vereinbarungspartner einvernehmlich nach Wegen suchen, die Ziele dennoch zu erreichen.

Anlage 2

Umsetzungsstruktur und Hessischer Beirat zur Kommunalisierung freiwilliger sozialer Hilfen



## Anlage 3

Gebietskörperschaften	Örtliches Budget €
Stadt Frankfurt	3.290.670
Stadt Darmstadt	469.570
Stadt Offenbach	430.350
Stadt Wiesbaden	509.630
Stadt Kassel	868.010
Hochtaunuskreis	490.240
Lahn-Dill-Kreis	462.170
Landkreis Bergstraße	376.870
Landkreis Darmstadt-Dieburg	270.900
Landkreis Fulda	376.980
Landkreis Gießen	578.390
Landkreis Groß-Gerau	505.540
Landkreis Hersfeld-Rotenburg	305.310
Landkreis Kassel	181.000
Landkreis Limburg-Weilburg	491.550
Landkreis Marburg-Biedenkopf	717.610
Landkreis Offenbach	473.910
Landkreis Waldeck-Frankenberg	497.620
Main-Kinzig-Kreis	509.940
Main-Taunus-Kreis	354.330
Odenwaldkreis	261.910
Rheingau-Taunus-Kreis	245.940
Schwalm-Eder-Kreis	223.750
Vogelsbergkreis	263.920
Werra-Meißner-Kreis	247.920
Wetteraukreis	391.670
Gesamt:	13.795.700

**Budgets <sup>(1)</sup> des LWV Hessen für die Gebietskörperschaften  
nach § 8 der Rahmenvereinbarung über die Kommunalisierung  
sozialer Hilfen in Hessen**

<b>Landkreis/ kreisfreie Stadt</b>	<b>Budgets des LWV für die Gebietskörperschaften €</b>	<b>Anteil Offene Hilfen €</b>	<b>Anteil Frühförderung €</b>
Stadt Darmstadt	49.128,99	21.347,00	27.781,99
Stadt Frankfurt	450.470,10	139.455,00	311.015,10
Stadt Offenbach	70.607,00	44.738,00	25.869,00
Stadt Wiesbaden	164.890,00	21.730,00	143.160,00
Stadt Kassel	193.995,35	73.562,00	120.433,35
Landkreis Bergstraße	115.040,00	25.565,00	89.475,00
Landkreis Darmstadt-Dieburg	136.981,26	61.867,00	75.114,26
Landkreis Groß-Gerau	140.603,00	51.128,00	89.475,00
Hochtaunuskreis	280.505,00	80.081,00	200.424,00
Main-Kinzig-Kreis	195.567,50	25.565,00	170.002,50
Main-Taunus-Kreis	198.826,50	28.824,00	170.002,50
Odenwaldkreis	85.871,15	25.565,00	60.306,15
Landkreis Offenbach	136.644,20	63.017,00	73.627,20
Rheingau-Taunus-Kreis	86.766,90	25.566,00	61.200,90
Wetteraukreis	168.725,00	25.565,00	143.160,00
Landkreis Gießen	220.045,00	30.358,00	189.687,00
Lahn-Dill-Kreis	282.476,00	51.130,00	231.346,00
Landkreis Limburg-Weilburg	155.570,50	41.543,00	114.027,50
Landkreis Marburg-Biedenkopf	252.717,05	102.578,00	150.139,05
Vogelsbergkreis	132.935,00	25.565,00	107.370,00
Landkreis Fulda	128.461,25	25.565,00	102.896,25
Landkreis Hersfeld-Rotenburg	70.302,50	25.565,00	44.737,50
Landkreis Kassel	104.815,00	51.130,00	53.685,00
Schwalm-Eder-Kreis	140.093,50	70.303,00	69.790,50
Landkreis Waldeck-Frankenberg	75.415,75	35.152,00	40.263,75
Werra-Meißner-Kreis	79.250,00	25.565,00	53.685,00
<b>Gesamt:</b>	<b>4.116.703,50</b>	<b>1.198.029,00</b>	<b>2.918.674,50</b>

(1) Budgets seit Beginn der "Rahmenvereinbarung..." ab 2005 in unveränderter Höhe.

**Zuwendungsvertrag  
über die Förderung sozialer Hilfen in der Gebietskörperschaft.....  
Endversion 01.01.2013**

zwischen der

Gebietskörperschaft .....  
vertreten durch .....  
- nachfolgend Zuwendungsgeber genannt -

und der/dem .....  
vertreten durch .....  
- nachfolgend Zuwendungsempfänger genannt -

**Präambel**

Zur Erbringung sozialer Hilfen und zum Wohle der Hilfesuchenden kooperieren öffentlich-hoheitliche, kirchliche sowie nicht konfessionelle Zuwendungsempfänger der Freien Wohlfahrtspflege in vielfältiger Weise. Auf dieser Grundlage und unter Achtung der jeweiligen Selbständigkeit in Zielsetzung und Aufgabenerfüllung sind die Partner dieser Vereinbarung bestrebt, soziale Hilfsangebote zu fördern, mit anderen Angeboten abzustimmen und damit eine leistungsfähige soziale Infrastruktur im Raum ..... zu sichern.

Der Zuwendungsempfänger ist gemäß seiner Satzung bzw. des für ihn geltenden Gesellschaftsvertrages im Bereich der/des ..... tätig. (Hier wäre Platz für die Verankerung des Selbstverständnisses des jeweiligen Zuwendungsempfängers.)

**§ 1 Vertragsgegenstand<sup>1</sup>**

Mit der „Rahmenvereinbarung über die Kommunalisierung sozialer Hilfen in Hessen“ (im Folgenden „Rahmenvereinbarung Kommunalisierung“) vom ... 2013 haben das Land Hessen, der Hess. Landkreistag, der Hess. Städtetag, der Landeswohlfahrtsverband Hessen und die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen) die Strukturierung und Kommunalisierung sozialer Hilfen in Hessen vereinbart. Der Zuwendungsgeber ..... ist der „Rahmenvereinbarung Kommunalisierung“ mit Erklärung vom .... beigetreten. Darauf beruhend wurde zwischen dem Land Hessen, dem Landeswohlfahrtsverband Hessen (LWV) und dem Zuwendungsgeber..... eine Zielvereinbarung über die Verwendung des örtlichen Budgets gemäß § 3 und über die Verwendung der Mittel des LWV Hessen gemäß § 8 der oben genannten Rahmenvereinbarung mit Datum vom ..... vereinbart.

<sup>1</sup> Bitte beachten: Sofern das Muster für rein kommunale Zuwendungen (also außerhalb der Kommunalisierung) eingesetzt wird, wäre der Vorabsatz zur Rahmenvereinbarung wegzulassen und es wäre Platz für die Einfügung gemeinsam getroffener Verabredungen und Ziele.

(1) Gegenstand des Zuwendungsvertrags ist die Förderung ..... (bitte einfügen) des  
Zuwendungsempfängers gemäß

- § 17 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 2 Satz 2 SGB II
- § 74 SGB VIII,
- §§ SGB XII
- .....

(Unzutreffendes bitte streichen)

(Aufführung des Vertragszweckes, wie Betrieb eines Frauenhauses oder Zuschuss für die  
Finanzierung der Querschnittstätigkeit in Betreuungsvereinen).

(2) Die Leistungsbeschreibung und das Kalkulationsblatt sind als Anlage 1 und Anlage 2  
Bestandteile des Zuwendungsvertrags.<sup>2</sup>

(3) Durch die Zuwendung werden keine Leistungen abgegolten, die zugleich Gegenstand von  
Vereinbarungen nach § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 2 Satz 2 SGB II, §§ 78a ff SGB VIII  
oder §§ 75 ff SGB XII darstellen.

### § 2 Art und Umfang der Zuwendung

(1) Der Zuwendungsgeber fördert die in § 1 genannten Hilfeangebote des Zuwendungsempfängers  
im Rahmen der

- a) Projektförderung
- b) institutionellen Förderung.

(2) Die oben genannte Förderung erfolgt als

- a) Teilfinanzierung als
  - aa) Anteilsfinanzierung
  - bb) Festbetragsfinanzierung
  - cc) Fehlbedarfsfinanzierung
- b) Vollfinanzierung .

(Unzutreffendes bitte streichen)

### § 3 Personelle und sächliche Ausstattung

Die Anforderungen an die personelle und sächliche Ausstattung der von § 1 umfassten Tätigkeiten  
richten sich nach der Leistungsbeschreibung und dem Kalkulationsblatt.

### § 4 Finanzierung

(1) Der Zuwendungsempfänger erhält für den in § 1 vereinbarten Vertragsgegenstand eine  
jährliche Zuwendung in Höhe von            Euro.

(2) Die genannte Gesamtsumme der Zuwendung setzt sich derzeit wie folgt zusammen:

Land Hessen:	Euro (nur sofern Gebietskörperschaft Mittel aus RV Komm weiterleitet)
LWV Hessen	Euro (nur sofern Gebietskörperschaft Mittel aus RV Komm weiterleitet)
Gebietskörperschaft:	Euro

<sup>2</sup> Empfehlung: Ein Kalkulationsblatt empfiehlt sich erst ab einer bestimmten Fördersummenhöhe. Als Beispiel wird das  
Kalkulationsblatt der Stadt Kassel beigelegt, das ab einer Zuwendungshöhe von über 2.500 € die Anwendung eines  
Kalkulationsblattes vorsieht.

(3) Der Zuwendungsempfänger setzt für den Vertragsgegenstand Eigenmittel ein (nicht für den Fall der Vollfinanzierung).

(4) Die Zuwendung dient dem Ausgleich von:

- a) Personalkosten für Mitarbeiter/innen gemäß § 3 in Verbindung mit der Leistungsbeschreibung
- b) Sachkosten
- c) Overheadkosten

(5) Personalkosten und Sachkosten sind bis zu einer Höhe von .....<sup>3</sup> gegenseitig deckungsfähig. Diese Abweichung ist dem Zuwendungsgeber anzuzeigen. Eine darüber hinaus gehende Deckungsfähigkeit bedarf der vorherigen schriftlichen Abstimmung mit der Gebietskörperschaft. Soweit Mittel des LWV Hessen weitergeleitet werden, gilt die Einschränkung, dass diese ausschließlich für die ergänzende Förderung von Frühförderangeboten bzw. Offenen Hilfen / Familienentlastenden Diensten eingesetzt werden.

(6) Der Zuwendungsempfänger erhält seitens des Zuwendungsgebers bis zum Ende der Vertragslaufzeit eine jährliche Erhöhung der Vorjahreszuwendung nach § 4 Abs. 1 in Höhe der Tarifsteigerungen im Öffentlichen Dienst, gemäß des Tarifvertrages des Öffentlichen Dienstes Kommunal (TVöD VKA)<sup>4</sup>.

#### **Alternativ:**

(6) Der Zuwendungsempfänger erhält seitens des Zuwendungsgebers bis zum Ende der Vertragslaufzeit eine jährliche Erhöhung der Vorjahreszuwendung in Höhe des „Verbraucherindex Deutschland“ (VPI) des Statistischen Bundesamtes für das jeweils zurückliegende Jahr.<sup>5</sup>

### **§ 5 Auszahlung**

Der Zuwendungsempfänger erhält den jährlichen Zuwendungsbetrag in vier gleichen Teilbeträgen, jeweils am 15.2., 15.5., 15.8. und 15.11. des Jahres. Abweichende Auszahlungstermine sind möglich.

### **§ 6 Berichtspflichten und Prüfungsrechte**

(1) Jeweils zum 30.04. des Jahres legt der Zuwendungsempfänger für das abgelaufene Jahr einen Verwendungsnachweis über die nach § 4 verwendeten Mittel vor. Der Zuwendungsgeber prüft spätestens bis zum 30.09. des Jahres den Verwendungsnachweis und teilt das Ergebnis dem Zuwendungsempfänger mit.

(2) Die nicht in einem Haushaltsjahr verbrauchten Zuwendungen können - nach vorheriger schriftlicher Anzeige - an den Zuwendungsgeber auf das Folgejahr übertragen werden, ohne dass dies Auswirkungen auf die Förderung des folgenden Jahres hat.

(3) Der Zuwendungsgeber hat das Recht, die zweckentsprechende Verwendung der Fördermittel durch Einsichtnahme in die diesbezüglichen Geschäftsunterlagen des Zuwendungsempfängers zu prüfen. Dieses Prüfungsrecht steht bezüglich der Prüfung der Zuwendungsmittel seitens des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen dem Revisionsamt desselben zu. Das Prüfungsrecht des Hessischen Rechnungshofes bestimmt sich nach § 91 LHO.

<sup>3</sup> Betrag einsetzbar.

<sup>4</sup> Hier besteht eine Wahlmöglichkeit für die Vertragsparteien.

<sup>5</sup> Hier besteht eine Wahlmöglichkeit für die Vertragsparteien.

(4) Der Zuwendungsempfänger hat die Originalbelege für die Dauer von fünf (5) Jahren aufzuheben.

### **§ 7 Informationspflicht/Vertragsanpassung**

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich zur gegenseitigen Information über alle Veränderungen, die von grundsätzlicher Bedeutung sind. Sie besteht insbesondere, wenn wesentliche personelle oder eine wesentliche inhaltliche Veränderung des Arbeitsfeldes angezeigt sind oder sich wesentliche Veränderungen gegenüber dem vorgelegten Kostenplan abzeichnen.

(2) Sofern im Laufe der Vertragslaufzeit Entwicklungen eintreten, in deren Folge die Zuwendung nach § 5 zur Abdeckung der anteiligen / vollständigen Personal- und Sachkosten im geförderten Bereich nicht ausreichen, ist der Zuwendungsempfänger berechtigt, die in § 2 umfassten Tätigkeiten entsprechend anzupassen. Dies ist unter anderem der Fall, sofern die bei einer Teilfinanzierung zur Finanzierung des Vertragsgegenstandes eingesetzten Eigen- oder Drittmittel zur Finanzierung nicht ausreichen. Der Zuwendungsempfänger hat vor der Anpassung unverzüglich Gespräche mit dem Zuwendungsgeber einzuleiten.

### **§ 8 Kommunale Planung**

(1) Der unter § 1 vereinbarte Vertragsgegenstand ist Bestandteil der im Rahmen der kommunalen Sozialplanung verabredeten Hilfeangebote.

(2) Die Vertragsparteien verpflichten sich<sup>6</sup>, im Rahmen der kommunalen Sozialplanung nach § 5 der „Rahmenvereinbarung über die Kommunalisierung sozialer Hilfen in Hessen“<sup>6</sup> über den Stand der Entwicklung ihrer geförderten Arbeit zu informieren, sich auszutauschen und zur Weiterentwicklung beizutragen.

(3) Die Vertragsparteien entwickeln unter Berücksichtigung der aktuellen Zielvereinbarung<sup>7</sup> eine einheitliche Dokumentation, Evaluation und ein einheitliches Berichtswesen.

### **§ 9 Vertragsdauer und Kündigung**

(1) Der Vertrag tritt ab ... 2013 in Kraft.

(2) Sie kann mit einer Frist von 12 Monaten zum 31.12. des darauf folgenden Jahres ordentlich gekündigt werden; erstmals jedoch erst zum 31.12.2015.

(3) Das Recht der Vertragsparteien zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

(4) Vor Ausspruch einer ordentlichen oder außerordentlichen Kündigung sind zwischen den Vertragsparteien Gespräche zu führen und die Möglichkeiten einer Vertragsfortführung oder -anpassung zu erörtern.

### **§ 10 Sonstiges und Schlussbestimmungen**

(1) Der Zuwendungsempfänger weist bei seiner Öffentlichkeitsarbeit, die im Rahmen des Zuwendungszweckes erfolgt, auf die Förderung durch das Land Hessen bzw. den

<sup>6</sup> Bitte beachten: sofern nur kommunale Zuwendungen (außerhalb der Kommunalisierung) eingesetzt werden, entfällt die Formulierung des Abs. 2 und an dessen Stelle tritt: Die Vertragsparteien verpflichten sich im Rahmen der kommunalen Sozialplanung über den Stand der Entwicklung ihrer geförderten Arbeit zu informieren, sich auszutauschen und zur Weiterentwicklung beizutragen.

<sup>7</sup> Bitte beachten: sofern nur kommunale Zuwendungen (außerhalb der Kommunalisierung) eingesetzt werden, folgende Formulierung anstelle des Abs. 3: Die Vertragsparteien entwickeln eine einheitliche Dokumentation, Evaluation und ein einheitliches Berichtswesen.

Landeswohlfahrtsverband und die Kommune in entsprechender Form hin. Über  
Öffentlichkeitstermine im Rahmen des Förderungszweckes nach § 1 informiert der  
Zuwendungsempfänger vorab die Kommune.

- (2) Änderungen dieses Vertrages, insbesondere ergänzende Vereinbarungen bedürfen der  
Schriftform.
- (3) Auf diesen Vertrag finden ergänzend die Vorschriften der §§ 53 ff SGB X Anwendung.
- (4) Eine etwaige Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen dieses Vertrages berührt seine  
Rechtswirksamkeit im Übrigen nicht.

.....  
Ort, Datum

.....  
Ort, Datum

.....  
Zuwendungsempfänger

.....  
Zuwendungsgeber

Anlagen:  
Anlage 1: Leistungsvereinbarung  
Anlage 2: Kalkulationsblatt (Beispiel)

**Anlage 1**

**Leistungsbeschreibung** zum Zuwendungsvertrag zwischen der Gebietskörperschaft ... und dem  
Zuwendungsempfänger ..... vom .....

**Anlage 2**

**Kalkulationsblatt (Empfehlung) zum Zuwendungsvertrag zwischen der Gebietskörperschaft ... und dem Zuwendungsempfänger ..... vom .....**

Name und Anschrift der Einrichtung des Dienstes		
Träger der Einrichtung/des Dienstes		
Rechtsform:		4 Trägergruppe:
Leistungsart:		6 Betreuungsform:
Kalkulationszeitraum:		8 Platzzahl:
Basistage je Platz und Jahr:		10 Auslastung:

	12	
Kostenarten	kalkulatorischer Aufwand in €	

**Personalaufwand**

päd. Betreuung	0	
Hauswirtschaft	0	
Leitung	0	
Verwaltung	0	
Technische Dienste	0	
Sonstige Dienste	0	
Personalnebenkosten	0	
<b>Summe Personalaufwand (14) bis (20)</b>	<b>0</b>	

**Sachaufwand Betreuung**

Nahrungsmittel	0	
Betriebsaufwendungen (incl. Wartung)	0	
Verwaltungsaufwand	0	
Betreuungsaufwand	0	
Aufwand für Ausbildungsbetriebe, Hilfsbetriebe	0	
Sonstiger Aufwand	0	

<b>Summe Sachaufwand Betreuung (22) bis (27)</b>	0	
--	---	--

Kostenarten	Kalkulatorischer Aufwand in €	
-------------	-------------------------------	--

**Erlösabzüge Betreuung**

Sachbezüge für Personal	0	
Rückvergütung/Erstattung	0	
Erträge aus Arbeitsleistung für Dritte, Erlöse Hilfsbetriebe	0	
Betriebskostenzuschüsse	0	
sonstige Erlösabzüge	0	
<b>Summe Erlösabzüge Betreuung (29) bis (34)</b>	<b>0</b>	
<b>Bereinigter Sachaufwand Betreuung (28) abzügl. (34)</b>	<b>0</b>	
<b>Bereinigter Aufwand Betreuung (35) zuzügl. (21)</b>	<b>0</b>	

**Gebäude und Inventar**

Instandhaltung: Gebäude/Einrichtungen/Außenanlagen (ohne Wartung)	0	
Zinsen	0	
Mieten/Pachten incl. Maklergebühren	0	
Leasing	0	
Abschreibungen Gebäude	0	
Abschreibungen bewegliche Anlagegüter	0	
Abschreibungen GWG bis 400,-- € zuzügl. MwSt.	0	
<b>Summe Gebäude und Inventar (37) bis (43)</b>	<b>0</b>	

**Erlösabzüge Gebäude und  
Inventar**

Mieten und Pachten	0	
Auflösung von Investitionszuschüssen	0	
<b>Summe Erlösabzüge Gebäude und Inventar (45) und (46)</b>	<b>0</b>	
<b>Bereinigter Sachaufwand Gebäude und Inventar (44) abzügl. (47)</b>	<b>0</b>	
<b>Bereinigter Sachaufwand (35) zuzüglich (48)</b>	<b>0</b>	

<b>Kalkulatorischer Aufwand (21) zuzügl. (49)</b>		0	
---	--	---	--

---

Unterschrift